

Thema: Aktionsplan weiterentwickeln und finanziell untersetzen

Frage: Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Aktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten „Echte Vielfalt“ auskömmlich finanziert, im Haushalt untersetzt, weiterentwickelt sowie die Geschäftsstelle bedarfsgerecht ausfinanziert wird?

CDU

Wir setzen uns für echte Vielfalt im echten Norden ein. Mit dem Aktionsplan „Echte Vielfalt“ haben wir einen erfolgreichen Aktionsplan für die Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten in unserem Land geschaffen und die Möglichkeiten zu Veranstaltungen und Projekten rund um das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt. Auch die finanzielle Ausstattung von HAKI e.V. und der Beratungsstelle NaSowas des lambda::nord e.V. wurden verbessert. Als CDU ist es unser Ziel den Landesaktionsplan in Kooperation mit allen Beteiligten weiterzuentwickeln und die Institutionen auch zukünftig finanziell weiter zu stärken, sodass die wichtige Arbeit sichergestellt ist.

SPD

Die SPD hat sich erstmals in der Küstenkoalition für den Aktionsplan stark gemacht und diesen mit finanziellen Mittel unterlegt. Der Aktionsplan hat sich in den letzten Jahren entwickelt und wir wollen gemeinsam mit Interessenvertreter*innen den Landesaktionsplan „Echte Vielfalt“ fortführen und erweitern, um Cis- und Heterosexismus zu bekämpfen. Die Studie zu den Diskriminierungserfahrungen von LSBTIQ* in Schleswig-Holstein stellt explizit sieben Bereiche mit Handlungsbedarfen fest. Hieran wollen wir arbeiten. Wir wollen zudem die Geschäftsstelle „Echte Vielfalt“ als landesweite Ansprech- und Netzwerkstelle stärken, um die Anliegen der Community noch breiter aufgestellt zu vertreten. In der Landesverwaltung schaffen wir eine zentrale Zuständigkeit für LSBTIQ*-Themen. Darüber hinaus werden wir landesweit agierende Institutionen weiter fördern. Wir unterstützen zudem das Vorhaben der Bundesregierung, einen Aktionsplan für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu erarbeiten, ihn finanziell unterlegt umzusetzen und auch die Länder bei der Umsetzung zu unterstützen. Unter anderem wird dabei die Aufklärung an Schulen und in der Jugendarbeit fokussiert.

Bündnis 90 / Die Grünen

In SH haben wir seit Jahren ein wertvolles Netzwerk von Organisationen, Verbänden und Aktivist*innen der queeren Szene. Wir wollen unsere Vorhaben mit den Akteur*innen der queeren Selbstorganisation umsetzen und ehrenamtliches selbstorganisiertes Engagement fördern. Den gewachsenen Anforderungen an die Netzwerkstrukturen wollen wir Rechnung tragen und den Landesaktionsplan „Echte Vielfalt“ mit diesem Bündnis inhaltlich, strukturell und finanziell zum Landesaktionsplan „Echte Vielfalt 2.0“ weiterentwickeln. Zusätzlich zu den bisher zur Verfügung gestellten Mitteln für queere Basisprojekte soll der Landesaktionsplans 2.0 ein Maßnahmenpaket enthalten, das neben den oben genannten Schwerpunkten weitere Bereiche in den Blick nimmt. Nach erfolgter Weiterentwicklung wollen wir die Wirkung evaluieren. Weiterhin wollen wir prüfen, ob wiederkehrende Projektförderungen im Rahmen des bisherigen Landesaktionsplans in strukturelle Förderungen überführt werden können. So stünde die bisherige Förderlinie vollumfänglich für die Umsetzung innovativer, neuer Community-gestützter Projekte zur Verfügung.

FDP

Im Rahmen des Aktionsplans "Echte Vielfalt" finden jedes Jahr viele Maßnahmen statt, die wir Freie Demokraten unterstützen. Insbesondere unser Landesvorsitzender und Sozialminister Dr. Heiner Garg sorgt mit großem Einsatz für die Umsetzung vielfältiger Projekte und eine bessere Wahrnehmung. Diese Arbeit wollen wir gemeinsam mit der Community und verschiedenen NGOs fortführen und für eine bedarfsgerechte Finanzierung sorgen, sodass Vielfalt im Alltag gelebte Normalität wird.

SSW

Wir haben in der Debatte zum Bericht des Aktionsplans im Februar 2022 einerseits anerkannt, dass der Bericht Fortschritte im Aktionsplan vorweisen kann und andererseits bemängelt, dass die Finanzierung der Projekte teilweise Kleckerbeträgen gleicht.

Die Angebote zur Fortbildung im Schul- und Polizeidienst sind richtig. Beim Näheren fällt aber die niedrige Fördersumme für Projekte auf, die aus unserer Sicht nicht ausreicht, um hier wirklich voranzukommen.

Das Ziel des Aktionsplans, die Sensibilisierung der Mehrheitsgesellschaft, kann nur erreicht werden, wenn ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um nicht in Einzelaktionen planen zu müssen, sondern flächendeckend breit angelegte Maßnahmen umgesetzt werden können. Aus unserer Sicht entsprechen die Haushaltsansätze bisher nicht den Ankündigungen der Landesregierung. Der Aktionsplan muss also weiter mit Blick auf seine Wirksamkeit evaluiert werden, um in der neuen Legislatur die Fördersummen dem Anspruch anzupassen.

Die Linke

Der Kampf gegen LSBTIQ*-Feindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. DIE LINKE hält das Thema für ein entscheidendes Menschenrechtsthema der Gegenwart, und dementsprechend muss das Budget erhöht werden. Wir fordern deshalb einen Neustart des Aktionsplans „Akzeptanz für sexuelle Vielfalt“. Wir wollen nicht weniger als 250.000 Euro pro Jahr bereitstellen, damit umfassende gesellschaftliche Bemühungen ergriffen werden können, um allen Formen von Queerfeindlichkeit nachhaltig zu begegnen. Alle zwei Jahre soll der finanzielle Bedarf überprüft werden. Wichtig ist, diese Mittel nicht weiter dazu zu nutzen, die elementaren Problemlösungen auf das Ehrenamt abzuwälzen. DIE LINKE unterstützt alle Selbsthilfeprojekte, die hier seit Jahrzehnten wertvolle Arbeit leisten und Menschen unterstützen, die Hilfe benötigen. Die Mittelaufstockung muss statt kurzfristiger Projektförderung die Professionalisierung bestehender und entstehender Strukturen im Blick haben. Um wirken zu können, müssen Projekte langfristig koordiniert und fachlich angemessen betreut werden. Zur Erforschung intersektionaler Diskriminierungsformen und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen LSBTIQ* wollen wir Studien öffentlich beauftragen und finanzieren.

Alternative für Deutschland (AfD)

Nach einem Bericht der Landesregierung sind für den Aktionsplan "Echte Vielfalt" Haushaltsmittel in 2022 i. H. v. 70.000 € eingestellt. Für LSBTIQ*-Beratungsstellen und Antidiskriminierungsprojekte sind weitere 312.000 € vorgesehen. Vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags halten wir die Bereitstellung von Steuergeldern in dieser Höhe mindestens für auskömmlich, weiteren Mittelzuwendungen werden wir uns nicht anschließen.